

Stella Vogl

## **Zukunft von Medien und Journalismus**

Medien resümieren und bilanzieren inzwischen selbst über ihre Rolle, befinden sich in einer Art Selbstfindungsphase. So titelt die *Zeit* in einem Beitrag des Wirtschafts- und Politikwissenschaftlers Al-Ani: „Journalisten werden eine neue Rolle spielen“ (Al-Ani, 5. Februar 2016). Denn inzwischen, so erkennt Al-Ani richtig, hat sich die Rolle der Journalisten geändert, nicht nur aufgrund einer gesellschaftlichen Fragmentierung, sondern auch mit Blick auf die Tatsache, dass es keinen einseitigen Kommunikationsprozess mehr gibt und sich „Parallelgesellschaften“ (Al-Ani, 5. Februar 2016) fernab des klassischen Journalismus bilden. Doch wie begegnet man diesem Phänomen, dessen Ursprung mitunter auf der Digitalisierung beruht? Im Folgenden beleuchtet dieser Essay, inwiefern man einer Bedeutungslosigkeit der Medien entgegensteuern könnte. Zum einen soll auf interne, zum anderen auf externe Reformen eingegangen werden. Der Fokus bei der internen Reform wird auf Qualitätssicherung in der Presse und auf Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesetzt, ergo Selbstkontrolle und gesellschaftliche Kontrolle in der Medienlandschaft. Kernpunkt bei der externen Reform ist die Kommunikation mit den Lesern. Die Ansätze stützen sich neben medialen Beiträge und Interviews des „Media Future Lab“ auf die eigene subjektive Meinung.

### **Interne Reform der Presse**

Als interne Reform ist hierbei alles anzusehen, was die intra- und intermedialen Strukturen und Arbeitsweisen betrifft. Sowohl innerhalb der Redaktionen als auch zwischen Medienhäusern sollte eine Reform angestrebt werden, die Einheitlichkeit fördert. Einheitlichkeit wird schnell negativ in einem Zusammenhang mit Gleichschaltung gebracht, was an sich ein berechtigter Einwand ist. Aus diesem Grund differenziere ich weiter: dass sich verschiedene Zeitungen ähnlich wie Parteien auf der politischen und ökonomischen Links-Rechts-Achse verorten lassen, ist an sich und aufgrund der Nicht-Existenz journalistischer Objektivität eine logische Konsequenz. Dem ist nichts entgegenzusetzen unter der Voraussetzung, dass in der breiten Öffentlichkeit über die politische Ausrichtung des Mediums ein Bewusstsein besteht

bzw. man sich darüber informieren kann und die Einschätzungen dazu nicht drastisch auseinandergehen. Es geht darum, Einheitlichkeit zu schaffen oder zu verstärken, wo sie angebracht ist. Der Presserat legt dem Journalisten den non-obligatorischen Pressekodex an die Feder. Dieser sollte verpflichtend werden, aus dem Grund, dass die Einhaltung von 16 Richtlinien ein schwammiges Konstrukt ist, wenn es nur empfohlen wird. Würden alle Medien der Presse verstärkt darauf achten müssen, würde man zwar immer noch politisch unterschiedlich ausgerichtete Angebote haben (was wünschenswert ist), aber eine saubere Berichterstattung. Denn wie ein Arzt für Nachsichtigkeit bei einer Operation anbelangt werden kann, so soll auch der Journalismus verstärkt Verantwortung übernehmen. Das soll Journalisten nicht unter Generalverdacht stellen, mangelhafte Arbeit zu leisten. Dennoch darf das geschriebene und gesprochene Wort, vor allem bei einer Verbreitung durch öffentliche Massenkommunikationsmitteln, nicht unterschätzt werden und der Kumulation von Aussagen, die mehr emotional und vorurteilsbehaftet als faktisch belegt sind, sind Wirkungen und langfristige Effekte anzurechnen. So liefert das Buch „Eure Heimat ist unser Albtraum“ in Beiträgen von Redakteuren wie Spiegel-Kolumnistin Margarete Stokowski Beispiele dafür, dass etablierte Medien nicht davor zurückscheuen, rassistische Bemerkungen zu verbreiten. Aussagen wie „Döner-Morde[.]“ (Utlu, 2019, S. 49; zitiert nach Arslan, 2019) im Rahmen der NSU-Verbrechen statuieren nicht nur Exempel für mangelnde journalistische Sensibilität, sondern auch einen Verstoß gegen Ziffer 9 des Pressekodex, die besagt: „Es widerspricht journalistischer Ethik, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild Menschen in ihrer Ehre zu verletzen“. Solche und ähnliche Aussagen sind keine unbewussten Faux-Pas, sondern eine leichtfertige Boulevardisierung und unverantwortliche Profitmaximierung ohne Rücksicht auf Konsequenzen. Aus diesem Grund wäre eine striktere, notfalls finanzielle Reglementierung durch den Presserat bei bewusster Missachtung zu begrüßen. Denn so ist in der Präambel des Pressekodex festgeschrieben: „Die Berufsethik räumt jedem das Recht ein, sich über die Presse zu beschweren. Beschwerden sind begründet, wenn die Berufsethik verletzt wird“.

## Interne Reform der Rundfunkräte

Mit Blick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sollen die Rundfunkbeiräte dafür sorgen, dass der Fernseh- und Radiojournalismus durch eine ausgewogene Berichterstattung den Bürgern Informationen und einen Anreiz der politischen Partizipation bieten. Ein häufig aufgeführter Kritikpunkt ist dabei die Zusammensetzung. So zählt Heiko Hilker, Oppositionspolitiker der Linken und Mitglied im MDR-Rundfunkrat, 13 Parteivertreter in ebendiesem Rat bei einer Gesamtanzahl von 43 Mitgliedern. Er selbst fordert mehr Einbezug von den Zuschauern bzw. Zuhörern, eine Idee, die nicht an dem Pauschal-Vorwurf mangelnden politischen Interesses der Bürger scheitern sollte. Gleichzeitig wünscht sich Hilker keine einheitliche Aufsichtsbehörde: „Von einem reinen Experten-Gremium halte ich gar nichts“. Vor allem bei regionalen Themen ist die Zuständigkeit einzelner Rundfunkbeiräte sinnvoll, da ein Bezug zu dem jeweiligen Bundesland/ ggf. zu den Bundesländern herrscht, im Sinne einer besonders genauen „Ortskenntnis“ sozusagen. Der Vorschlag von Dr. Michael Meyen, Bürgerräte ins Leben zu rufen, ist ebenfalls ein Projekt, das zu begrüßen wäre. Ob dabei Bürgerräte komplett die Beratung und auch Kritik an den Rundfunkprogrammen übernehmen oder in einem konstruktiven Spannungsverhältnis zu den Rundfunkräten stehen, ist sowohl aufwandstechnisch als auch strukturell einer eingehenden Überlegung wert. Denn die Bilanz des ehemaligen *Tagesschau*-Redakteurs Volker Bräutigam suggeriert eine einseitige Prägung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, was in der Theorie zu Programmkritiken seitens des Rundfunkrates und einer daraus resultierenden Erweiterung des Spektrums führen sollte: „Was man da angeboten bekommt als Nachrichten, ist an Einseitigkeit nicht zu überbieten“. Leonhard Dobusch, selbst Mitglied im ZDF-Fernsehrat, gibt in einem Gastbeitrag auf *Deutschlandfunk* zu: „In meinen mittlerweile drei Jahren als Mitglied des ZDF-Fernsehrats habe ich [...] miterlebt, dass die parteipolitische Verankerung unter vielen Mitgliedern jenseits der sogenannten „Staatsbank“ durchaus stark ausgeprägt ist“ (13. Mai 2019). Die Begrenzung, dass höchstens ein Drittel der Mitglieder des Rundfunkrates Politiker sein dürfen, wird beispielsweise auch beim MDR ausgeschöpft (Nünning, 28. März 2014). Ist überhaupt davon auszugehen, dass Politiker, die parteipolitische Überzeugungen in ihrem Berufsalltag kontinuierlich artikulieren müssen, fernab politischer Präferenzen das öffentlich-rechtliche Programm bewerten können? Der Vorschlag Dobuschs,

sogenannte „Rundfunkschöffen“ per Losverfahren zu ermitteln und gleichzeitig bei dem Drittel Anteil Politikern zu bleiben (eine Abschaffung dessen ist nicht Teil seiner Forderung) erscheint wie ein Balanceakt ohne effektive Neuerung. Stattdessen sollte der Anteil an Politikern vollständig durch gesellschaftliche Gruppen ersetzt werden. Diese könnten beispielweise bei den regionalen Sendern durch eine Online-Stimmabgabe der Rundfunknutzer ermittelt werden. Der „Wahlkampf“ könnte folgendermaßen gestaltet sein: jeder Kandidat kann ein maximal fünfminütiges Video mit seinen Erwartungen an das journalistische Programm auf einer eigens dafür eingerichteten Seite des jeweiligen Senders hochladen. Relevant wäre auch, wie von Hilker hingewiesen, eine stärkere Vertretung von Randgruppen aufgrund sexueller Ausrichtung oder Migrationshintergrund. Nach Stand des Statistischen Bundesamts (2017) beträgt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 23,6 %, davon sind 12,0 % Deutsche und 11,5 % Ausländer (BpB, 2018). Gemäß einer Studie des Prometheus-Instituts werden Minderheiten und Opferverbände nur zu 3 % in den öffentlich-rechtlichen Aufsichtsgremien vertreten (Huber, 2. September 2015). Dabei machen ganz exemplarisch allein Muslime im Jahr 2016 5 % der Bevölkerung aus (Zantow, 18. April 2016). Man könnte argumentieren, dass Muslime auch durch die Vertretung durch Religionsgemeinschaften repräsentiert werden, dennoch ist das Zugehörigkeitsgefühl zum Islam variabel. Politiker dagegen seien der Studie zufolge zu 31 % repräsentiert, der prozentuale Anteil an Politikern in der Bevölkerung ist bekanntlich deutlich geringer.

Integration als Programmauftrag entspricht einem Prinzip, das je nach Sender unterschiedlich Beachtung findet (Bax, 28. Mai 2013). Während WDR und ZDF positiv abschneiden, zeigen andere Sender ein Defizit im Umgang mit Themen wie zum Beispiel dem Islam, die längst fest in unsere Gesellschaft integriert sein sollten (Bax, 28. Mai 2013). Dieser Mangel an Tiefenverständnis in journalistischen Beiträgen kann nicht nur durch eine heterogene Zusammensetzung in den Redaktionen behoben werden, sondern auch durch einen festgeschriebenen Anteil von Minderheiten in dem jeweiligen „mit der Programmkontrolle beauftragte[n] Aufsichtsgremium“ (Die ARD, Rundfunkrat).

## Externe Reform

Nicht nur nach innen, sondern auch nach außen sind Schwachstellen im Journalismus zu beheben. Auch wenn die Welle an „Lügenpresse“- und ähnlichen Vorwürfen abgeebbt ist, so findet dennoch ein „sehr aggressiver Diskurs“ statt, wie die Leiterin der Deutsche Journalisten Schule DJS Henriette Löwisch anmerkt. Aus diesem Grund fordert sie ein kreatives und verstärktes Eintreten dafür, weshalb der Journalismus für das demokratische System so relevant sei. Doch wie kann man ein Bewusstsein dafür fördern, dass es unabdinglich sei „einen ehrlichen Makler in der Mitte zu haben“ (Löwisch, 2019)? Ein sinnvolles Beispiel dafür liefert Torsten Kleditzsch, Blattmacher der freien Presse in Chemnitz. In seiner Redaktion gebe es einen Redakteur, der zwei Stunden am Tag damit beauftragt sei, sich der Belange und Nachfragen der Leser anzunehmen. Das Schlagwort lautet folglich Öffentlichkeitsarbeit, denn: „wenn die Leser einen als Begleiter sehen ist das gut“ – so die Ansicht von Kleditzsch. Gleichzeitig bedarf es einer professionellen Distanz. Dieser Ansatz von Sprechstunden erscheint insofern sinnvoll, da der Austausch zwischen Kommunikator und Rezipient sich ohnehin durch die Digitalisierung in einen Kreislauf gewandelt hat. Durch die Rückkopplung an den Leser werden Medien- und Publikumsagenda angepasst und die journalistischen Inhalte erfüllen genauer die Interessen der Bevölkerung. Online ließen sich Sprechstunden durch Skype-Gespräche oder ähnliche Messaging-Dienste umsetzen. Man könnte auf den Webseiten eine Art anonyme Warteliste installieren, in der sich Leser mit dem gewünschten Skype-Kontakt und einem stichpunktartigen Vermerk ihres Anliegens eintragen. So wäre gewährleistet, dass sich der zuständige Redakteur kurz mit den Fragen/ Anmerkungen auseinandersetzen und präzise Auskunft geben kann. Dabei muss eine professionelle Distanz gewahrt werden, denn der Journalismus ist zwar eine demokratische Dienstleistung, sollte sich aber nicht wie ein kommerzielles Produkt nach Stimmungen richten, sondern ein gewisses Maß an Verantwortlichkeit und Credibilität wahren. Dass Redaktionen wie bei Kleditzsch Workshops anbieten, ist dagegen kritischer zu betrachten. Der Austausch mit den Rezipienten sollte sich auf die veröffentlichten Inhalte beziehen. Problemstellungen wie die Ausleuchtung von Parkplätzen im Zuge eines Workshops zur inneren Sicherheit sind zu thematisieren, aber es liegt nicht in der Verantwortung der Journalisten diese zu lösen. Stattdessen sollte man durch

Berichterstattung Anreize dafür schaffen, dass sich Politiker bzw. die Zuständigen selbst mit gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzen.

## Quellenangaben

Al-Ani, A. (2016, 5. Februar). Journalisten werden eine neue Rolle haben. *Zeit*. Online abgerufen unter <https://www.zeit.de/karriere/beruf/2016-01/journalismus-zukunft-digitalisierung-rolle-journalisten/komplettansicht> (17. 07.2019).

Arslan, S. (2019, 29. April). Eure Medien sind unser Albtraum. *Media Future Lab*. Online abgerufen unter <https://medialabs.hypotheses.org/1247#more-1247> (17.07.2019).

Bax, D. (2013, 28. Mai). Die andere Parallelgesellschaft. *Taz*. Online abgerufen unter <https://taz.de/!5066593/> (16.07.2019).

Bundeszentrale für politische Bildung (2018). Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Online abgerufen unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i> (16.07.2019).

Dobusch, L. (2019, 13. Mai). Schöffen für mehr Staatsferne. Deutschlandfunk. Online abgerufen unter [https://www.deutschlandfunk.de/zusammensetzung-der-rundfunkgremien-schoeffen-fuer-mehr.2907.de.html?dram:article\\_id=448617](https://www.deutschlandfunk.de/zusammensetzung-der-rundfunkgremien-schoeffen-fuer-mehr.2907.de.html?dram:article_id=448617) (17.07.2019).

Huber, J. (2015, 2. September). Politik und Parteien bleiben am Drücker. *Der Tagesspiegel*. Online abgerufen unter <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/rundfunkraete-in-den-oeffentlich-rechtlichen-sendern-politik-und-parteien-bleiben-am-druecker/12265726.html> (17.07.2019).

Presserat (2017). Publizistische Grundsätze (Pressekodex). Online abgerufen unter [https://www.presserat.de/fileadmin/user\\_upload/Downloads\\_Dateien/Pressekodex2017\\_web.pdf](https://www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dateien/Pressekodex2017_web.pdf) (17.07.2019).

Media Future Lab. Forschung zur Zukunft der Medien (o. J.). Online abgerufen unter <https://medialabs.hypotheses.org/projekt> (15.07.2019).

Nünning, V. (2014, 28. März). Zu viel Staat im ZDF. Medienkorrespondenz. Online abgerufen unter <https://www.medienkorrespondenz.de/leitartikel/artikel/zu-viel-staat-im-zdf.html> (17.07.2019).

Rundfunkrat. (o. J.). Online abgerufen unter <http://www.ard.de/home/die-ard/fakten/Rundfunkrat/456538/index.html> (17.07.2019).

Utlu, D. (2019). k. A. In F. Aydemir & H. Yaghoobifarah (Hrsg.), *Eure Heimat ist unser Albtraum*. Ullstein fünf: k. A.

Zantow, A. (2016, 18. April). Minderheiten in Deutschland in Zahlen. *Deutschlandfunk Kultur*. Online abgerufen unter [https://www.deutschlandfunkkultur.de/statistiken-minderheiten-in-deutschland-in-zahlen.976.de.html?dram:article\\_id=351695](https://www.deutschlandfunkkultur.de/statistiken-minderheiten-in-deutschland-in-zahlen.976.de.html?dram:article_id=351695) (16.07.2019).